



# DigDemLab

## KURZBERICHT Öffentliche Meinung zur eID – September 2019 (elektronische Identifizierung)

**Zusammenfassung** Das Digital Democracy Lab (DigDemLab) der Universität Zürich hat eine aufwendige Umfrage realisiert, die es erlaubt, die Struktur der öffentlichen Meinung zur eID genauer zu analysieren. Eine deutliche Mehrheit der Schweizer\*innen (vier von fünf) will, dass der Staat die elektronische Identität (eID) herausgibt. Damit ist das Gesetz zur Schaffung der eID in klarem Konflikt mit der öffentlichen Meinung. Über alle Alters- und Bildungskategorien sowie über alle Parteien hinweg spricht sich immer eine sehr deutliche Mehrheit dafür aus, dass der Staat die eID herausgibt.

**Technische Details:** Zufallsstichprobe basierend auf einem Registerauszug des Bundesamts für Statistik im Rahmen des Nationalfondsprojektes Digital Lives (# 10DL11\_183120). Die Fragen zur eID wurden in der zweiten Welle gestellt, die während dem 20. August und dem 25. September im Feld war. Die bereinigte Stichprobengrösse der zweiten Welle beträgt 1004 und der Stichprobenfehler ist  $\pm 3.5\%$ .

**Sperrfrist:** 07.10.2019, 07.00 Uhr.

**Team:** Prof. Dr. Fabrizio Gilardi, Prof. Dr. Lucas Leemann, Dr. Clau Dermont, Lucien Baumgartner und Maël Kubli. Auskunft erteilt Lucas Leemann ([leemann@ipz.uzh.ch](mailto:leemann@ipz.uzh.ch) oder 044 634 54 53).



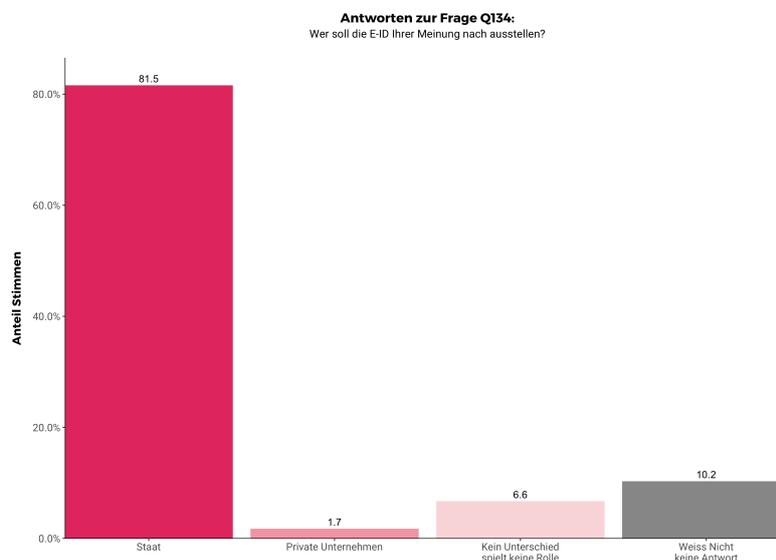
## 1 Generelle Unterstützung

Im Rahmen der Umfrage wurden die Teilnehmer\*innen zu verschiedenen politischen Themen befragt mit einem besonderen Fokus auf Fragestellungen der digitalen Demokratie. Die Befragten wurden direkt gefragt, wer in Zukunft die elektronische Identität ausstellen sollte.

Die Antworten sind deutlich: Mehr als vier von fünf Schweizer\*innen sagen, dass der Staat die eID herausgeben soll. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz sieht vor, dass die eID von privaten Unternehmungen unter staatlicher Aufsicht herausgegeben werden kann. Lediglich 2% der Befragten befürwortet diese Lösung. Weitere 7% würden am liebsten eine Mischlösung sehen und jede 10. Befragte hat sich noch keine klare Meinung gebildet.

	%
Staat	0.82
Private Unternehmen	0.02
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.07
Weiss nicht / keine Antwort	0.10

Es zeigt sich, dass es eine klare Präferenz für eine staatliche Lösung gibt und dass nahezu niemand eine Lösung mit privaten Anbietern bevorzugt. Es gibt auch wenig unentschlossene in diesem frühen Moment der Meinungsbildung.



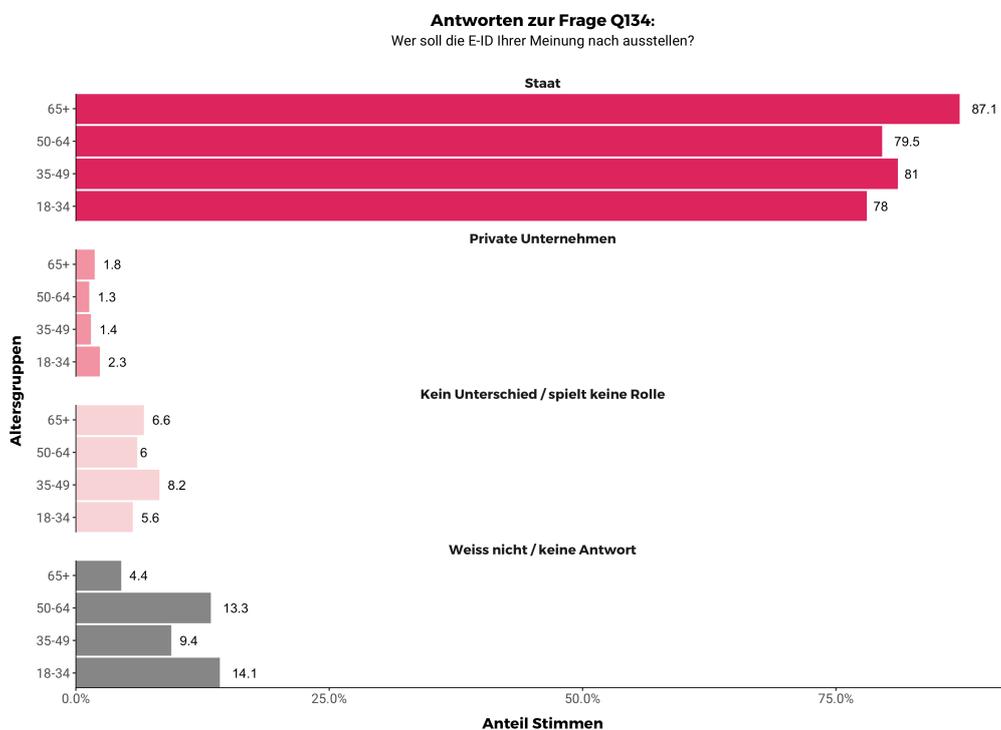
In den folgende Abschnitten analysieren wir, wie die Meinung nach Alter (Abschnitt 1.1) und Bildung (Abschnitt 1.2) variiert. In Abschnitt 2 wird die Unterstützung entlang der Parteipräferenz analysiert. In Abschnitt 3 betrachten wir inwiefern die Haltung zur eID durch andere Fragen der digitalen Demokratie beeinflusst wird. Abschliessend präsentieren wir noch in Abschnitt 4 experimentelle Resultate zum Hauptargument der Befürworter der privaten Lösung.



## 1.1 Unterstützung nach Altersgruppen

Es gibt eine leichte Tendenz nach Alter: ältere Befragte bevorzugen noch stärker, dass der Staat die eID herausgibt. Aber selbst bei den jüngsten Befragten (zwischen 18 und 34 Jahre alt) sind 78% der Meinung, dass der Staat die eID herausgeben soll.

	18-34	35-49	50-64	65+
Staat	0.78	0.81	0.79	0.87
Private Unternehmen	0.02	0.01	0.01	0.02
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.06	0.08	0.06	0.07
Weiss nicht / keine Antwort	0.14	0.09	0.13	0.04

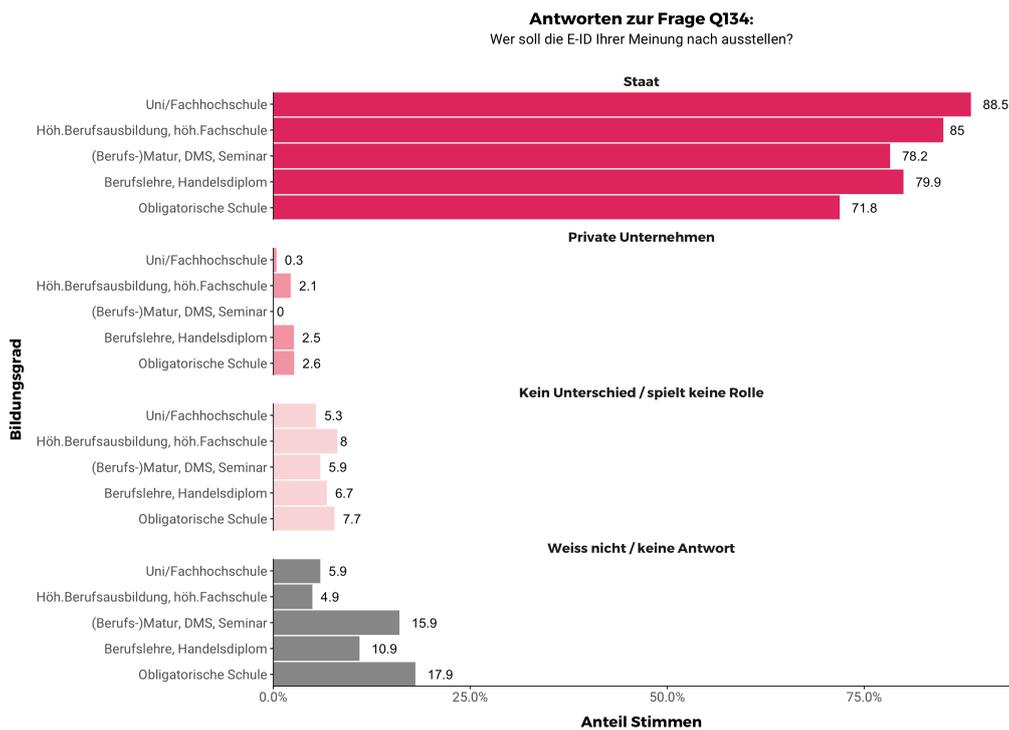




## 1.2 Unterstützung nach Bildungsgruppen

Bei der Bildung zeigt sich ein ähnliches Muster wie zuvor beim Alter. Je höher gebildet eine befragte Person ist, desto eher bevorzugt sie, dass der Staat die eID herausgibt. Was aber hier auffällt ist, dass bei bildungsferneren Teilnehmenden die "weiss nicht/keine Antwort" Option viel häufiger ausgewählt wird. Die private Lösung ist unpopulär über alle Bildungsniveaus.

	Obig. Schule	Lehre	Matur	Höh. BB	Uni/FH
Staat	0.72	0.80	0.78	0.85	0.88
Private Unternehmen	0.03	0.03	0.00	0.02	0.00
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.08	0.07	0.06	0.08	0.05
Weiss nicht / keine Antwort	0.18	0.11	0.16	0.05	0.06

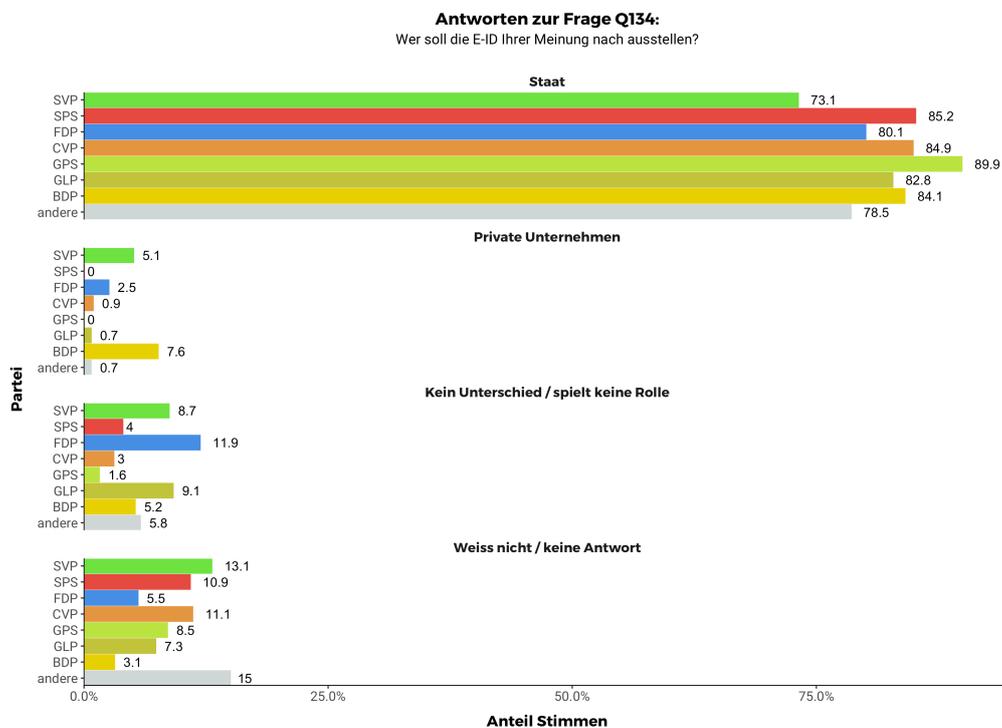




## 2 Parteienhängerschaft

Eigentlich handelt es sich um eine klassische ordnungspolitische Frage: soll eine bestimmte Tätigkeit durch den Staat oder durch Private ausgeführt werden. Man würde also einen klassischen Links-Rechts-Konflikt erwarten. Es zeigt sich aber nur sehr beschränkt ein solches Muster, wobei die Anhänger\*innen der CVP und der SPS mit je 85% gleich stark eine staatliche Lösung bevorzugen. Bei allen Parteien befindet sich die Unterstützung der privaten Lösung im einstelligen Bereich.

	FDP	CVP	SPS	SVP	GPS	BDP	GLP	andere
Staat	0.80	0.85	0.85	0.73	0.90	0.84	0.83	0.79
Private Unternehmen	0.03	0.01	0.00	0.05	0.00	0.08	0.01	0.01
Kein Unters./ spielt k. Rolle	0.12	0.03	0.04	0.09	0.02	0.05	0.09	0.06
Weiss nicht / keine Antwort	0.06	0.11	0.11	0.13	0.09	0.03	0.07	0.15





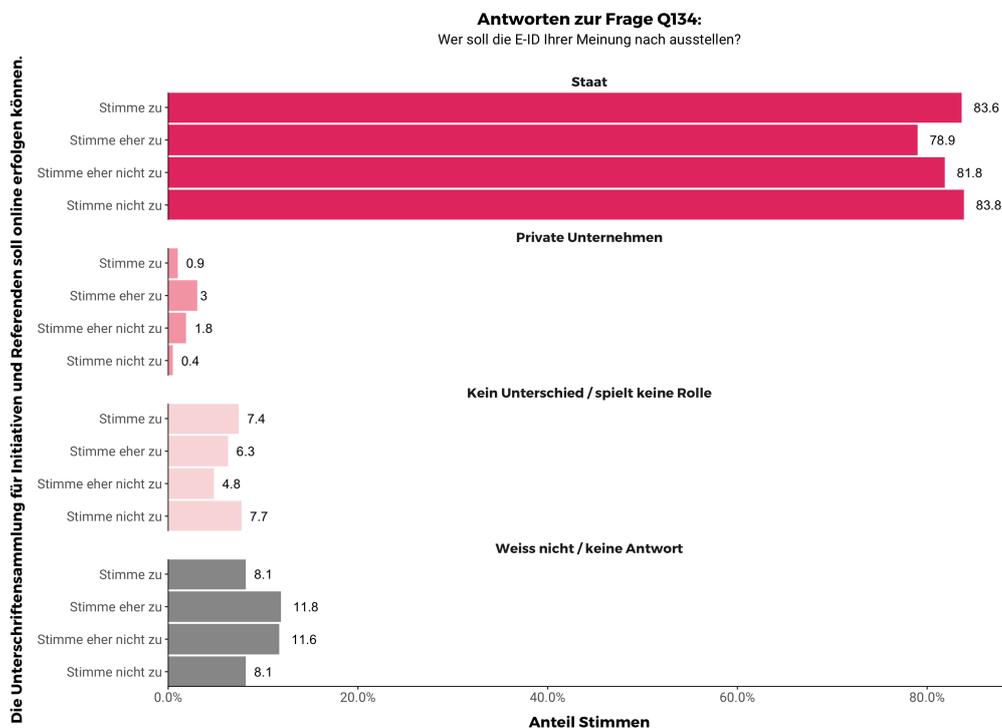
### 3 Digitale Politik und Politik des Digitalen

Dieser letzte Abschnitt stellt die Haltungen zur eID in Kontext mit anderen wichtigen Dimensionen der digitalen Demokratie. Insbesondere fokussieren wir hier auf zwei konkrete Fragen. Die erste fragt, ob man in Zukunft auch online Unterschriften für Initiativen und Referenden sammeln können soll. Die zweite fragt, ob man die Einführung von e-Voting unterstützt.

Das erlaubt uns zu überprüfen, ob die Haltungen bei der eID durch andere ersetzt Digitalthema strukturiert werden können oder nicht. Hier zeigt sich, dass die Haltung bei der eID völlig unabhängig davon ist, ob jemand die Onlineunterschriftensammlung unterstützt oder nicht.

Nach Zustimmung zu folgender Aussage "Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden soll online erfolgen können"

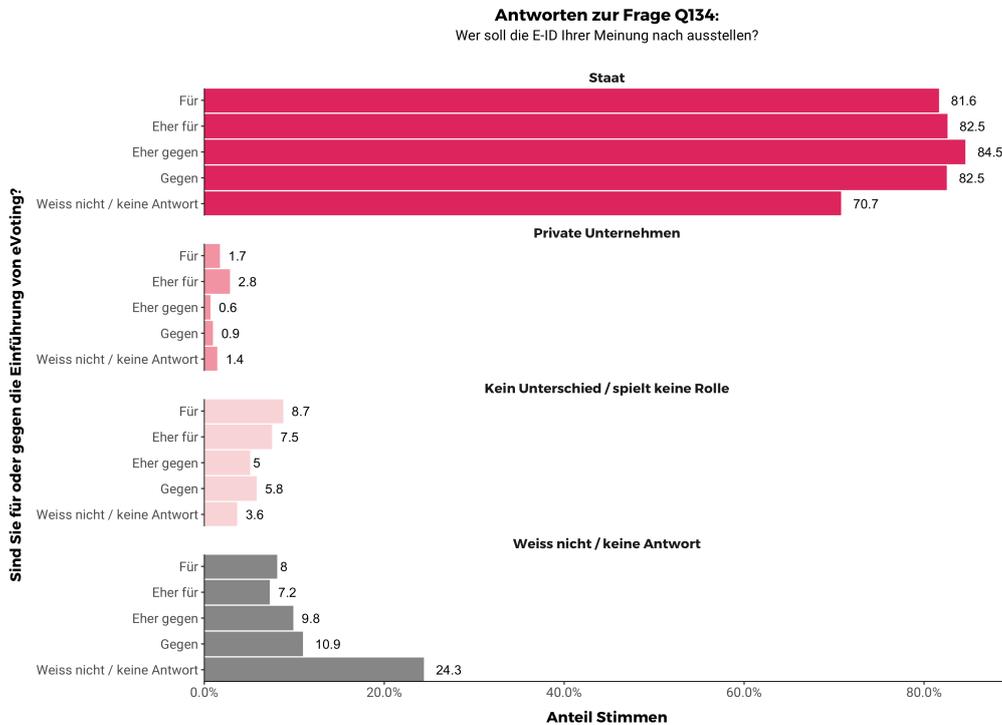
	Stimme zu	eher zu	eher nicht zu	nicht zu
Staat	0.84	0.79	0.82	0.84
Private Unternehmen	0.01	0.03	0.02	0.00
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.07	0.06	0.05	0.08
Weiss nicht / keine Antwort	0.08	0.12	0.12	0.08





Den zweiten Vergleich führen wir mit der Frage durch, ob man schweizweit e-Voting einführen soll. Hier zeigt sich wiederum das gleiche Muster – es gibt keinen Zusammenhang zwischen den Präferenzen für e-Voting und der Präferenz für wer die eID herausgeben soll.

	Für	eher für	eher gegen	Gegen	WN / kA
Staat	0.82	0.83	0.85	0.82	0.71
Private Unternehmen	0.02	0.03	0.01	0.01	0.01
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.09	0.07	0.05	0.06	0.04
Weiss nicht / keine Antwort	0.08	0.07	0.10	0.11	0.24





## 4 Argumente Experiment

In diesem letzten Teil wagen wir mit einem Experiment einen Ausblick. Das Experiment erlaubt uns zu schauen wie sensitiv die Befragten auf das Hauptargument der Befürworter\*innen und der Gegner\*innen reagieren. Zu diesem Zweck wurde der einen Hälfte der Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip eine Einleitung gezeigt, die darauf hinweist, dass private mehr technisches know-how haben. Der anderen Hälfte wurde eine Einleitung gezeigt, die auf den Datenschutz hinweist. Konkret wurden diese Texte gezeigt:

### Know-how:

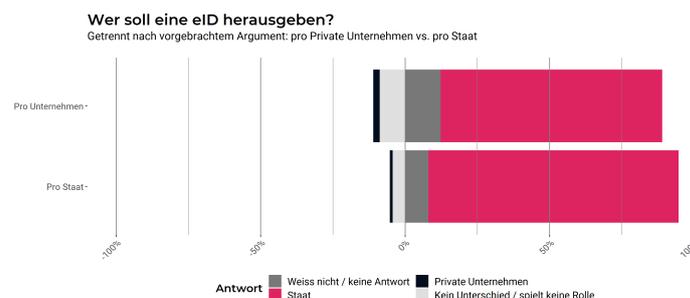
**Begründet wird dieser Wechsel mit dem Argument, dass private Unternehmen wie Banken, Versicherungen oder staatsnahe Betriebe näher an den Leuten dran sind, über mehr digitales Know-How als Bund und Kantone verfügen und sich dadurch mehr Leute für eine E-ID entscheiden**

### Datenschutz:

**Gegner der Vorlage argumentieren, dass die Übernahme der Ausstellung des digitalen Passes an private Unternehmen weitreichende Folgen in Bezug auf Datenschutz und Datensicherheit haben könnte. Ausserdem würde der Staat hier eine wichtige hoheitliche Aufgabe aufgeben. Deshalb fordern sie den Staat dazu auf, dass dieser neben den privaten Unternehmen ebenfalls eine E-ID ausstellt für seine Bürger.**

Wie die Tabelle zeigt, sind die Effekte beschränkt. Selbst wenn darauf hingewiesen wird, dass private Unternehmungen mehr know-how als der Bund und die Kantone haben, will immer noch eine deutliche Mehrheit von 77%, dass der Staat die eID herausgibt. Interessant ist, dass sich der Anteil der Befürworter der privaten Herausgabe fast nicht ändert, wenn der Text angezeigt wird, sondern v.a. die indifferente Antwort und die "weiss nicht" Antwort zunimmt. Das deutet darauf hin, dass es eine stark verwurzelte Präferenz für die staatliche Herausgabe gibt.

	Control	Treatment
Kein Unterschied / spielt keine Rolle	0.04	0.09
Private Unternehmen	0.01	0.02
Staat	0.87	0.77
Weiss nicht / keine Antwort	0.08	0.12





University of  
Zurich <sup>UZH</sup>

